

Ein Masterplan für Frieden und Stabilität für den Balkan ?

10 Anmerkungen von Angelika Beer

Co chair of parliamentarians' network for conflictprevention and human security (EWI)

Afghanistan, Klimawandel, Energiesicherheit, Kampf gegen den internationalen Terrorismus: Dies sind einige der **globalen Themen**, welche die öffentliche und politische Debatte prägen.

20 Jahre nach dem Ende des kalten Krieges besteht zumindest in einer Frage dies und jenseits des Atlantiks **Konsens: alle bisherigen Sicherheitsstrukturen gehören dringend auf den Prüfstand.**

Kann der aktuelle **Vorschlag Russlands** für eine Euro-Atlantische Sicherheitspartnerschaft einen Weg weisen für die Krisenherde wie **Nahost, Kaukasus, Afghanistan und Südwestasien sowie den Balkan?**

Das East West Institute hat in einer aktuellen Studie „**Euro-Atlantic Security: One Vision, Three Paths**“ (www.ewi.info) konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung erarbeitet. Im Kern geht es um gleiche und unteilbare Sicherheitsansprüche für alle betroffenen Staaten und Regionen. Von Russland über die EU bis zu den USA.

Kann ein **Masterplan für den Balkan Bestandteil** einer solch veränderten Sicherheitsstruktur sein?

Der 10. Jahrestag des NATO-Einsatzes gegen das frühere Jugoslawien, die Jahrestage des Massakers von Srebrenica und die Kriegsverbrecherprozesse in Den Haag haben allenfalls in Randnotizen Beachtung gefunden. **Dies beweist ein gefährliches Desinteresse sowohl der veröffentlichten Meinung als auch der Politik an der fragilen Situation auf dem Balkan.**

Seit der letzten – politisch gewollten und Kriterien missachtenden – EU **Erweiterung treten westliche Regierungen auf die Bremse**. Die Erweiterung der EU in Richtung Türkei und Osteuropa wird als „**Drohkulisse**“ aufgebaut, um damit zugleich die notwendige Vereinigung Europas durch die Aufnahme der Länder des westlichen Balkans abzulehnen.

Die **EU- Perspektive als Friedensperspektive** in einem vereinten Europa erscheint daher inzwischen vielen Menschen auf dem westlichen Balkan als **Lippenbekenntnis**. Die EU hat durch widersprüchliches Handeln an Glaubwürdigkeit verloren. Es ist höchste Zeit dies zu revidieren.

Das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember hat – formal – den Weg zur Neuaufnahme von Mitgliedern frei gemacht. Europa steht vor der Herausforderung, seine **Friedenspflicht auf dem Balkan** zu erfüllen.

Welche Schritte sind notwendig?

1. Lessons learned?

Weder die EU noch die NATO waren Ende der 80iger Jahre darauf vorbereitet, auf die keineswegs überraschenden Konflikte auf dem Balkan nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens rechtzeitig politisch zu reagieren. Nur mit enormem militärischem und finanziellem Engagement ist es gelungen, gewaltsame Konflikte zu beenden bzw. zu verhindern. Aber das ist kein Frieden auf dem und für den Balkan und sichert keine gemeinsame friedliche Zukunft.

Fakt ist, dass durch alle so genannten Friedensverträge seit Dayton die ethnische Trennung manifestiert wurde und dass die EU- Mitgliedsländer bis heute keine gemeinsame Balkan-Strategie haben. Woher sollte die auch kommen, wenn aus den Fehlern nicht gelernt wird und mantraähnlich immer wieder die gleichen Grundsätze vertreten werden: Multiethnische Gesellschaften, keine Veränderung von Grenzen, sowie Demokratie und Marktwirtschaft. Das reicht nicht!

Der Balkan braucht endlich einen Masterplan, der ein weiteres ethnisches Auseinanderdriften und die damit einhergehende nationalistische Politik in den jeweiligen Ländern verhindern muss.

2. Standard vor Status?

So lautet seit Jahren eine Wunschformel, die von Anfang an lediglich in der Theorie existiert hat. Die EU hat durch die eigenen Grundsätze, die sie selber bei der letzten Erweiterungsrunde verletzt hat, die deutliche Antwort gegeben: Theorien sind kein Ersatz für konkrete Politik.

Die Unabhängigkeitserklärung Kosovos ist eine deutliche Antwort auf die Uneinigkeit der EU und die anhaltende Blockadepolitik Serbiens und Russlands. Der unabhängige Staat Kosovo ist durch alle EU Staaten anzuerkennen, nur das führt politisch in die Zukunft. Nationalstaatliche Bedenken sind für die Sicherheit Europas zurückzustellen. Kosovo braucht – ebenso wie Serbien - Rechtssicherheit und Sicherheitsgarantien.

3. Bewegungsfreiheit trotz Visaregime?

Dieser Grundsatz (freedom of movement) ist richtig, wird aber durch die jüngsten Beschlüsse der EU zur Visa-Liberalisierung konterkariert. Die Bewohner von Serbien, Montenegro und Makedonien können seit wenigen Tagen ohne Visa in den Schengenraum reisen. Die Bevölkerung Albanien, Kosovos und Bosnien-Herzegowina bleiben wie in einem Käfig in der Mitte Europas eingesperrt.

Wie aber wird die EU reagieren, wenn Kosovo und Albanien sich einigen, die gemeinsamen Grenzen bereits jetzt zu öffnen? Gilt dann auch der Grundsatz der Bewegungsfreiheit oder gibt es Widerstände von EU-Mitgliedern?

4. Schutz der Minderheitenrechte?

Diese berechnete Forderung der internationalen Staatengemeinschaft und der Europäischen Konvention für Menschenrechte wird immer wieder verletzt. Das beginnt beim opting out von Polen und UK im Lissabonvertrag, da diese Länder die Europäische Charta der Menschenrechte nicht anerkennen wollen. Griechenland lehnt die Anerkennung aller Minderheiten im eigenen Land kategorisch ab und führt seit 18 Jahren den obskuren Namensstreit mit der Republik Makedonien, nachdem es sich auf eine eigene Region mit dem Namen Makedonien seit der Unabhängigkeit von Makedonien besonnen hat. Die Länder der EU schieben zunehmend Menschen in den Balkan ab, da alle Kriegswirren und Unruhen beendet seien. Was das für Minderheiten, wie die Roma im Kosovo bedeutet, wird nicht hinterfragt. Kosovare ist eben Kosovare. Welch Irrtum!

5. Gleichbehandlung?

Wir hören es ständig: Die Kapazität der EU zur Erweiterung sei erschöpft. 10 ehemals kommunistische Staaten sind in den letzten 10 Jahren Vollmitglieder der EU geworden. Eine Revolution!

Jetzt müsse es vorrangig um Vertiefen und erst dann um Erweitern gehen. Sarkozy hat entschieden, dass Europa Außengrenzen braucht und da liegt die Türkei außerhalb - und Merkel will der Türkei eine "privilegierte Partnerschaft" zuerkennen. Das spielt Zypern in die Hände, das einen Beitritt der Türkei blockiert. Dieses ist ein weiteres Alibiargument um Stimmung zu machen.

Dem steht die klare Aussage von Thessaloniki 2003 entgegen: „Südosteuropa hat eine eindeutige Europäische Perspektive“. Und es gibt nur einen objektiven Maßstab: Das sind die Kopenhagener Kriterien!

Die letzte Erweiterungsrunde mit Rumänien und Bulgarien, denen die EU Mitgliedschaft garantiert wurde, bevor sie die Kriterien erfüllt haben, hat der EU geschadet - und der westliche Balkan zahlt nun den Preis dafür. Über wie viel Menschen reden wir auf dem westlichen Balkan eigentlich? Wo soll da eine große Belastung für die EU entstehen?

Makedonien erfüllt die Kopenhagener Kriterien weitestgehend und hat ein Recht auf Aufnahme der Beitrittsverhandlungen. Gestern haben die Außenminister der NATO sich erneut erpressen lassen: eine Entscheidung über die Aufnahme Makedoniens wurde erneut vertagt. Die EU, die eigentlich heute einen Termin zum Beginn der Verhandlungen nennen wollte, hat den überfälligen Schritt auf März 2010 vertagt worden. Den Begriff „Namensstreit“ müssen wir spätestens seit dem aktuellen Forderungskatalog Papandreous streichen. Das Verhandlungskonzept der Griechen ist nichts anderes als ein Angriff auf die Identität Makedoniens. Griechenlands Veto und absolut inakzeptable Forderungen blockieren die EU- und NATO- Integration des Nachbarstaates. Wer aus der EU erinnert eigentlich Griechenland daran, dass es erst das eigene Militärregime beenden konnte, als es Mitglied der EU wurde? Warum also keine Sanktionen gegen Griechenland, das sich Blockaderechte herausnimmt, die ihm gemäß UN-Entscheidung nicht zustehen? Wieso diskutiert die EU überhaupt Griechenland vor dem finanziellen Bankrott zu retten? Hier wäre der entscheidende Hebel, Griechenland zur Raison zu bringen. Deshalb sage: Mit der Unterzeichnung des Lissabon Vertrages gibt es erstmals die Chance für ein EU Land, aus der EU auszutreten. Und deshalb rate ich der griechischen Regierung: wenn sie weiter Minderheitenrechte missachtet und die Aufnahme Makedoniens in die NATO und EU durch Veto verhindern will, dann sollte sie besser überlegen, die EU zu verlassen.

6. Hohe Beauftragte - Wachhunde oder Folterknechte?

Es würde den mir zur Verfügung stehenden Zeitrahmen sprengen, wenn ich darzustellen versuchte, mit welchen Zielen und welchen Interessen die vielen im Balkan eingesetzten Hohen Beauftragten versehen waren und sind. Mit den „Bonnpowers“ ausgestattet, war und ist der Beauftragte eher in der Funktion des Unterstützers zu sehen, der aber massiv eingreifen kann, wenn es den erwarteten Prinzipien nicht entspricht. Für die Betroffenen sieht das anders aus: Für Bevölkerung, Parlamente und Regierungen war das Entmündigung und Herabsetzung. Verletzungen des Stolzes sind im Balkan mit gefühlter Folter gleichzusetzen. Die fehlende Balkan-Strategie der EU hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich die Hohen Beauftragten Bosnien Herzegowinas und Kosovos in entscheidenden Fragen, wie der des Umgangs mit Serbien, widersprochen haben. Zuckerbrot oder Peitsche, daran schieden sich die Geister.

7. Erst NATO – dann EU?

Die Unfähigkeit der EU, eine gemeinsame europäische Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu betreiben, hat bei allen bisherigen Erweiterungskandidaten dazu geführt, dass sie zunächst die Mitgliedschaft in der NATO und erst dann in der EU angestrebt haben. Die Erfüllung des vermeintlichen Sicherheitsbedürfnisses wurde und wird an der Seite der USA und nicht der EU gesehen.

Auch die Staaten des westlichen Balkans gehen diesen Weg: Albanien und Kroatien sind 2009 Vollmitglieder der NATO geworden und Kroatien steht vor der Aufnahme in die EU. Makedonien beteiligt sich mit Truppen an jedem Auslandseinsatz der NATO und auch die Kosovo KSF versucht, diesen Weg zu beschreiten. Ohne das Veto Griechenlands wäre Makedonien bereits Mitglied der NATO.

Eine Euro-Atlantische Sicherheitsstrategie sollte den Weg in die EU ohne den Umweg über die NATO ermöglichen.

8. USA – EU: welche Strategien?

Das strategische Interesse der USA liegt klar auf der Hand: Die Verantwortung auf dem Balkan, die sie übernommen haben, weil die EU handlungsunfähig war, wollen sie an Europa zurückgeben.

Die EU hat zwar seit 10 Jahren auf dem Papier eine „Europäische Sicherheitsstrategie“, in der Realität aber heißt es weiter: „Warten auf Obama“. Die EU muss eine Strategie entwickeln, um die „frozen conflicts“ auf dem Balkan zu beenden. Dazu muss sie ihre Glaubwürdigkeit in der Erweiterungspolitik wiederherstellen, denn ohne Vertrauen gibt es keine politische – und auch keine wirtschaftliche – Weiterentwicklung.

Und: Wer kann etwas dagegen haben, mit Russland den stärksten Verbündeten Serbiens mit ins Boot zu holen? Es geht um Frieden, Sicherheit und Stabilität für die gesamte Region. Nicht um kleingeistige nationale Interessen. Der Vorschlag von Medwedjew für eine neue euroatlantische Sicherheitsarchitektur gibt dafür einen guten Ansatz.

Wenn die EU auch weiterhin keine gemeinsamen strategischen Interessen definiert, wird es unverändert dabei bleiben, dass Fragen, die nur politisch entschieden werden können, an den IGH abgeschoben werden. Beispiele: Kosovo-Unabhängigkeit und Namensstreit GR-MK. Das widerspricht jeder Europäischen guten Tradition, die sich besonders durch die „Soft powers“, also durch Verhandlungen und Diplomatie bei Konfliktlösungen auszeichnet.

9. Unveränderbarkeit der Grenzen?

Die Kernaussage der EU: „Grenzen sind nicht veränderbar“ wird auch durch das ständige Wiederholen nicht richtiger. Im Gegenteil. Solange die EU keine glaubwürdige Aufnahmestrategie für alle westlichen Balkanstaaten entwickelt, besteht das Risiko weiterhin. Wer will leugnen, dass durch die Unabhängigkeit des Kosovo de facto neue Grenzen entstanden sind? Das hätte durch eine glaubwürdige Politik der EU verhindert werden können, denn im Europa der Regionen werden Grenzen nahezu bedeutungslos. In dem derzeitigen Schwebezustand allerdings ist nicht auszuschließen, dass über Grenzveränderungen verhandelt werden muss, um neue oder weitere – unter Umständen bewaffnete – Konflikte zu verhindern (z.B. Kosovo/ Mitrovica, Serbien / Presevo/ Vojvodina, Bosnien Herzegowina und Republik Srpska).

10. Ein Masterplan für Frieden und Stabilität auf dem Balkan

Wird nur erfolgreich sein, wenn zwischen regionalen und globalen Akteuren verbindlich definiert sind: Ziel, Verantwortungen, Mittel und Zeitplan.

Nachdem über 15 Jahre jeweils nationale Interessen das Handeln der entscheidenden Akteure bestimmt haben, wird es höchste Zeit, die Partikularinteressen aufzugeben und eine gemeinsame strategische Basis zu entwickeln. Sicherheitsgarantien, Bewegungsfreiheit, das Recht auf Bildung und Vertrauen zueinander sind die besten Mittel gegen den sich verstärkenden Nationalismus in den Ländern des westlichen Balkans. Es geht nicht um französische, britische oder deutsche Interessen, es geht um eine Region mitten in Europa! Es geht um einen Weg, den die EU gemeinsam mit den USA und Russland schaffen muss.

Die Schaffung einer euro-atlantischen Sicherheitsstrategie – getragen von gegenseitigem Vertrauen – kann die Grundlage dafür bieten – nicht nur auf dem Balkan.